



Bürgerbeauftragte, Karolinenweg 1, 24105 Kiel

An den
Innen- und Rechtsausschuss des
Schleswig-Holsteinischen Landtags
Landeshaus
Düsterbrooker Weg 70

24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 19/6623

Ihr Zeichen: L 215

Ihre Nachricht vom: 17. Sept. 2021

Mein Zeichen:

Meine Nachricht vom:

Bearbeiter/in: Frau Fritzier-Klatt

Telefon (0431) 988-1131

Telefax (0431) 988-1239

Polizeibeauftragte@landtag.ltsh.de

9. November 2021

Ausschließlich per E-Mail an:
innenausschuss@landtag.ltsh.de

Öffentlicher Dienst muss Vorreiter beim Kampf gegen Rassis- mus und Rechtsextremismus sein

Antrag Fraktion der SPD – Drucksache 19/2641

Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Umdruck 19/5915

**Hier: Stellungnahme der Beauftragten für die Landespolizei
Schleswig-Holstein**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Damen und Herren,

für die weitere Einräumung der Gelegenheit, zu den oben genann-
ten Anträgen Stellung zu nehmen, bedanke ich mich.

Der Änderungsantrag der Fraktion der SPD (Umdruck 19/5915) er-
gänzt den Ausgangsantrag (Drucksache 19/2641), zu dem ich be-
reits mit Schreiben vom 17. März 2021 Stellung genommen habe,
insoweit, als das Vorhaben der Untersuchung des Werteverständ-
nisses der Mitarbeiter*innen im Öffentlichen Dienst des Landes
Schleswig-Holstein sowie der Entwicklung und Verbreitung diskri-
minierender Handlungen in sämtlichen Landesbehörden nunmehr

ausdrücklich in den schleswig-holsteinischen Aktionsplan gegen Rassismus eingebettet ist. Diese Verortung erachte ich als sinnvoll. Zudem soll nunmehr zusätzlich eine Untersuchung erfolgen, ob und an welchen Stellen Stärkungs- und Unterstützungsbedarf im Einstellungsverfahren, in der Aus- und Fortbildung, sowie der Organisations- und Führungskultur bestehen.

Auch diesen Punkt befürworte ich, da die genannten Bereiche wichtige, da einflussstarke und die Mitarbeiter*innen prägende, „Schlüsselstellen“ in einer Organisationsstruktur, so auch im Öffentlichen Dienst, darstellen.

Die ebenso neu aufgenommene Formulierung, dass alle Bemühungen der Landesregierung *proaktiv* erfolgen, verdeutlicht, dass mit dem Vorhaben der Untersuchungen keinesfalls eine Vorverurteilung der Mitarbeiter*innen des Öffentlichen Dienstes einhergeht, sondern die geplanten Evaluierungen ergebnisoffen im Sinne eines frühzeitigen selbstbestimmten und vor allem auf Prävention ausgerichteten Handelns durchgeführt werden. Diese Versicherung wirkt deshalb eventuellem Misstrauen der Mitarbeiter*innen entgegen bzw. – positiv ausgedrückt – dürfte das Vertrauen der zu befragenden Mitarbeiter*innen in das Vorhaben stärken.

Eine ebenso positive, da konstruktive und proaktive Wirkung ist dem Vorhaben beizumessen, mit dem Werteverständnis der Mitarbeiter*innen nicht nur den Status Quo, sondern gleichsam evaluieren zu wollen, was die Mitarbeiter*innen in ihrer Widerstandskraft gegen menschenverachtende Verhaltensweisen, mit denen sie sich möglicherweise während ihres Berufslebens einmal konfrontiert sehen könnten, stärken könnte. Diese Fragestellung ist demnach darauf ausgerichtet, den Mitarbeiter*innen auch eine Art Rüstzeug an die Hand zu geben, eventuellen menschenverachtenden Verhaltensweisen anderer bei Bedarf wirksam und bestimmt entgegenzutreten. Dies stellt aus meiner Sicht einen ganz wichtigen Punkt dar.

Abschließend befürworte ich das in den Antrag neu aufgenommene ausdrückliche Bekenntnis zu den Bemühungen der Innenministerin im Bereich der Landespolizei sowie den entsprechenden bundesweiten gesamtgesellschaftlichen Evaluierungen.

Im Übrigen verweise ich auf meine Ausführungen in meinem Schreiben vom 17. März 2021.

Für Fragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'S. El Samadoni', written in a cursive style.

Samiah El Samadoni

Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten und

Beauftragte für die Landespolizei Schleswig-Holstein